

EINWOHNERRAT

PROTOKOLL

der 3. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2004-2008)

Sitzungsdatum: 22. September 2004
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 - 21.15 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Dr. Ivo Corvini, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident
Nicole Nüssli Kaiser, Vizepräsidentin
Paul Schüpbach
Roman Meury
Arnold Julier
Saskia Schärer

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter
Andreas Weis, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)

Gäste:
Entschuldigt: Bea Fuchs
Dr. Guido Beretta
Stefan Brügger
Martin Grieder
Peter Hauser
Sarah Lorenz
Claudia Piatti
Ursula Pozivil
Joël Wartenweiler

Traktandenliste

1. Geschäftsbericht des Gemeinderates 2003
und dazugehöriger Bericht der Geschäftsprüfungs-
kommission vom Juni 2004

Geschäft 3510/A

- | | |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------|
| 2. Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 06.05.04 betreffend Überprüfung des Tagesheimes Baslerstrasse und des Tagesheimes Schlappenmatten | Geschäft 3518 |
| 3. Berichte des Gemeinderates vom 12.11.03 und der Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente vom 09.01.04 betreffend Teilrevision des Mietzinsreglements, 2. Lesung | Geschäft 3466/A |
| 4. Bericht des Gemeinderates vom 19.05.04 betreffend Waldbaulinienplan "Neuweilerstrasse Nord", überarbeitete Fassung | Geschäft 3437/A |
| 5. a) Verfahrenspostulat vom 01.07.04 betreffend Durchführung der Wahlgeschäfte zu Beginn der Legislatur, von Jean-Jacques Winter und Peter Humbel, SP/EVP-Fraktion | Geschäft 3540 |
| b) Bericht des Büros des Einwohnerrates vom 23.08.2004 betreffend Teilrevision des Geschäftsreglements des Einwohnerrates vom 12.04.2000 | Geschäft 3540/A |
| 6. Motion der CVP-Fraktion vom 01.07.04 betreffend Südumfahrung | Geschäft 3536 |
| 7. Motion der SVP-Fraktion vom 01.07.04 betreffend Südumfahrung | Geschäft 3538 |
| 8. Motion der FDP-Fraktion vom 01.07.04 betreffend Südumfahrung | Geschäft 3537 |
| 9. Motion der SD-Fraktion vom 01.07.04 betreffend Südumfahrung | Geschäft 3539 |
| 10. Postulat vom 21.04.04 betreffend Pflegewohnung in Allschwil, von Margarethe Wagner, SP-Fraktion | Geschäft 3499 |
| 11. Interpellation vom 30.04.04 betreffend Sauberkeit von öffentlichen Anlagen und Strassen in Allschwil, von Ornella Schneider, FDP-Fraktion | Geschäft 3517 |
| 12. Interpellation vom 16.06.04 betreffend Sparpaket des Kantons, von Peter Humbel, SP-Fraktion | Geschäft 3528 |
-

Der Protokollführer

.....
Andreas Weis

Einwohnerratsprotokoll Nr. 3 vom 22.09.2004

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil

Dr. Ivo Corvini

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Dr. Ivo Corvini, Präsident, gibt die Geschäfte bekannt, welche noch zur Beratung im Jahr 2004 vorgesehen sind. Die Geschäftskontrolle wird den Einwohnerratsmitgliedern in der nächsten Zeit versendet.

Weiter verliest er ein Schreiben des Präsidenten der GPK, Thomas Pfaff, über den Fortgang der Untersuchung im Zusammenhang mit der Friedhofserweiterung. Der Präsident der GPK gibt darin bekannt, dass eine Untersuchung erst nach Abschluss des Geschäftes erfolgen könne. Zu diesem Schluss komme ein von ihm in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten. Die GPK habe daher beschlossen, den Schlussbericht des Gemeinderates zu diesem Geschäft abzuwarten.

Weiter verliest er die Stellungnahme des Büros des Einwohnerrates zu den Vorgängen um die 1. Vizepräsidentin des Einwohnerrates (vgl. Beilage).

Traktandenliste

Dr. Ivo Corvini stellt die Traktandenliste zur Diskussion.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, fragt, ob es möglich wäre, je nach Fortgang der Behandlungen das Traktandum 10 vor die Traktanden 6 bis 9 zu setzen. So könne eine Pause zwischen den Traktanden 6 bis 9 verhindert werden.

Dr. Ivo Corvini, Präsident, stellt fest, dass nur ein eindeutiger Antrag auf Änderung der Traktandenliste gestellt werden könne. Ein Entscheid je nach Situation halte er für nicht angezeigt.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, verzichtet auf einen entsprechenden Antrag.

://: Die Traktandenliste wird ohne Änderung gutgeheissen.

Neue parlamentarische Vorstösse

Eingereicht wird eine Interpellation von **Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion, betreffend Hochwasserschutz Allschwil Dorf (Geschäft 3554). Der Interpellant verzichtet auf eine mündliche Begründung.

Dr. Ivo Corvini, Präsident, kommt zurück auf die Dringliche Interpellation von Armin Bieri und Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, (Geschäft 3551). Wie an der letzten Sitzung des Einwohnerrates angekündigt, seien die Interpellanten mit der Behandlung der Interpellation an der heutigen Sitzung einverstanden gewesen. Er lässt über die Dringlichkeit abstimmen.

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, begründet den Antrag auf Dringlichkeit. Er ist der Ansicht, dass die Dringlichkeit dadurch gegeben sei, dass das Projekt „Sportplatz im Brüel“ gestoppt worden sei, weil man eine erhebliche Kostenüberschreitung in der Projektphase festgestellt habe. Im Hinblick auf die Budgetierung für das nächste Jahr sei es wichtig, heute zu wissen, wie es weitergehe.

://: Die Dringlichkeit wird mit grossem Mehr beschlossen.

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt nach der Pause.

10 01.032.001 Geschäftsprüfungskommission
 01.040 Gemeinderat

1. Geschäftsbericht des Gemeinderates 2003 und dazugehöriger Bericht der Geschäftsprüfungs- kommission vom Juni 2004 Geschäft 3510/A

Für die Geschäftsprüfungskommission vertritt **Mathilde Opliger**, Mitglied der GPK, das Geschäft. Sie verliest den Bericht der GPK (Geschäft 3510 A). Ergänzend führt sie aus, dass Allschwil auf diesem Gebiet die Mustergemeinde des Kantons sei. Der GFS verfüge über eine professionelle Struktur. Die GPK habe festgestellt, dass die Bevölkerung nur sehr wenig über den Gemeindeführungsstab und dessen Funktion wisse. Sie solle darüber informiert werden, dass im Katastrophenfall eine gut organisierte Struktur in der Gemeinde bestehe. Die GPK sei der Ansicht, dass zum Beispiel folgende Punkte der Bevölkerung bekannt sein sollten: gesetzliche Verpflichtung zur Beachtung der Weisungen der Behörden; Aufsuchen der Schutzräume praktisch nur im Kriegsfall; besondere Verhaltensweisen bei einem Chemieunfall, einer Atom-, Erdbeben- oder Flugzeugkatastrophe. Die GPK empfehle dem Gemeinderat mehrsprachige Merkblätter in periodischen Abständen herauszugeben. Auch eine Veröffentlichung im INFO-Kalender wäre sinnvoll. Sie bittet namens der GPK den Einwohnerrat um Kenntnisnahme.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, stellt fest, dass der Gemeinderat mit Genugtuung vom Bericht der GPK Kenntnis genommen habe. Er versichert, dass die Empfehlungen der GPK aufgenommen und geprüft würden. Über konkrete Lösungsansätze werde der Einwohnerrat wieder orientiert.

Zum EINTRETEN

Bruno Steiger, SD-Fraktion, äussert sich zum Geschäftsbericht. Er halte diesen für reichlich aufwendig gestaltet, dies vor allem vor dem Hintergrund der Sparbemühungen der Gemeinde. Er hält den Rückblick im Geschäftsbericht zum Teil für eine „Selbstbeweihräucherung“ des Gemeinderates. Der Gemeinderat rede von einer Stabilisierung der Gemeindefinanzen und berufe sich dabei auf die Steuererhöhung im Jahre 2003. Es habe ihn befremdet, zu lesen, dass nach Ansicht des Gemeinderates nach dem Schuldenabbau ein gewisser Anteil an Eigenkapital angelegt werden müsse. Von der Aussicht auf eine Steuersenkung lese er nichts. Er meint, dass Allschwil einen ziemlich hohen Steuersatz im Verhältnis zur gebotenen Lebensqualität habe. Ausserdem kann er sich nicht mit der Investition in ein Begegnungszentrum anfreunden. Die Dienstleistungen der Gemeinde in diesem Bereich seien ohnehin schon gut. Wo bleibe der Spargedanke, wenn man jetzt ein neues

Begegnungszentrum erschaffen wolle? Ein Ausbau von solchen Dienstleistungen berge die Gefahr, die Selbstverantwortung der Eltern zur Kinderbetreuung nicht genügend zu fördern. Er bezweifelt, dass wirklich eine Mehrheit der Bevölkerung ein Begegnungszentrum für notwendig halte. Er empfiehlt dem Gemeinderat ein solches Projekt dem obligatorischen Referendum zu unterstellen, ansonsten drohe ein fakultatives Referendum. Die Gemeinde solle die Ausgaben lieber senken als weitere Ausgaben zu planen.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, erklärt namens seiner Fraktion EINTRETEN mit der Bemerkung, dass seine Fraktion den Bericht der GPK etwas „mager“ fände.

Alice Märky, FDP-Fraktion, erklärt namens ihrer Fraktion EINTRETEN.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, erklärt namens seiner Fraktion, dass der Bericht ohne Begeisterung zur Kenntnis genommen werde.

Dr. Ivo Corvini lässt den Bericht durch **Christoph Morat, 2. Vizepräsident**, kapitelweise verlesen.

Seite 5 bis 8: keine Wortmeldungen

Seite 9: Erledigte Vorstösse des Einwohnerrates - Antrag auf Abschreibung

Geschäft 883; Postulat Felix Mensch namens CVP-Fraktion, 28.04.1982

Geschäft 1555; Postulat Reto Immoos und René Moser SD, 6.9.1989

Geschäft 1596; Motion CVP/SVP-Fraktion, 14.2.1990

Kurt Kneier, CVP-Fraktion, nimmt Bezug auf alle drei vorgenannten Vorstösse. Es gehe in diesen Vorstössen um Wohneigentumsförderung. Die Gemeinde habe zwar bauliche Massnahmen geplant, seines Erachtens die Vorstösse damit dennoch nicht erfüllt.

://: Die **Geschäfte 883, 1555 und 1596** werden mit grossem Mehr **nicht abgeschlossen**.

://: Die **Geschäfte 2173, 3147, 3254, 3280, 3303, 3333, 3344** werden mit grossem Mehr als erledigt abgeschlossen.

Der Geschäftsbericht wird weiter kapitelweise verlesen.

Zu S. 26: Präsidialdepartement; Standort- und Wohnortmarketing, Wirtschaftsförderung

Alice Märky, FDP-Fraktion, fragt an, ob im Rahmen der Kennzahlen zum Wohnortmarketing (Seite 27/28) künftig neben den zugezogenen auch die weggezogenen Betriebe aufgelistet werden könnten.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, nimmt diese Anregung entgegen und will dies im nächsten Geschäftsbericht berücksichtigen.

Zu S. 40: Tiefbau-Umwelt; Strassenwesen und öffentliche Beleuchtung

Alice Märky, FDP-Fraktion, fragt zum Kapitel Tiefbau-Umwelt, Seite 40, ob die Länge des kommunalen Strassennetzes tatsächlich von 2002 mit 34 km auf 43 km im Jahr 2003 zugenommen habe oder ob dies ein Druckfehler sei?

Paul Schüpbach, Departementsvorsteher Tiefbau-Umwelt, stellt fest, dass es sich um einen Druckfehler handle. 34km sei richtig.

Zu S. 100/101: Soziale Dienste, Mietzinsbeiträge der Gemeinde

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, fragt zu Seite 100/101 zum Thema

Mietzinsbeiträge/Kennzahlen: Man entnehme dem Kommentar, dass die Beiträge insgesamt praktisch unverändert gleich geblieben seien, aus den Kennzahlen gehe jedoch ein deutlicher Rückgang hervor. Was stimme nun?

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, nimmt die Frage entgegen. Er kläre dies ab und werde die Antwort nachreichen.

KEINE WEITEREN WORTMELDUNGEN

Dr. Ivo Corvini, Präsident, lässt über die Kenntnisnahme des Geschäftsberichts 2003 abstimmen.

://: Der Geschäftsbericht des Gemeinderates per 2003 wird mit grossem Mehr zur Kenntnis genommen.

11 01.032.001 Geschäftsprüfungskommission
 02.012 Erziehungs- und Kinderheime, Tagesheime

**2. Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 06.05.04
betreffend Überprüfung des Tagesheimes Baslerstrasse und
des Tagesheimes Schlappenmatten Geschäft 3518**

Mathilde Oppliger, Mitglied der GPK, erläutert den Bericht der GPK. Die GPK empfehle schwerpunktmässig, den Belegungsgrad auf 95% zu erhöhen. Die Auslastung des Tagesheimes Baslerstrasse lag im letzten Jahr bei ca. 92%, im Schlappenmatten könnten aus Platzgründen keine weiteren Kinder aufgenommen werden. Die Berechnung der Kostgeldbeiträge könne die GPK akzeptieren, aber sie schlage vor, dass zusätzlich zum Einkommen auch das Vermögen der Eltern in die Berechnung miteinbezogen werde. Der Subventionsschlüssel sei ebenfalls akzeptabel. Auch die weiteren Planungen des Gemeinderates könne die GPK grossmehrheitlich unterstützen. Mit dem geplanten Umzug des Tagesheimes Schlappenmatten in das Bruckerhaus seien nicht alle GPK-Mitglieder einverstanden gewesen. Weiter sei hervorzuheben, dass beide Tagesheime mit bestens qualifizierten Leiterinnen nach den Richtlinien des Schweizerischen Krippenverbandes arbeiten. Sie, Mathilde Oppliger, äussert ihre persönliche Meinung dahingehend, dass man der Allgemeinheit in der heutigen Zeit eine gut ausgebaute Infrastruktur zur Verfügung stellen solle. Der Wandel der Gesellschaft erfordere eine Anpassung der Politik an die Realität und die Durchführung entsprechender Massnahmen. Sie dankt allen Beteiligten für die Unterstützung bei der Erstellung des Berichtes und empfiehlt dem Einwohnerrat die Kenntnisnahme.

ZUM EINTRETEN

Bruno Steiger, SD-Fraktion, unterstützt namens seiner Fraktion die Forderung der GPK nach einer besseren Auslastung der Tagesheime. Die Subkommission der GPK habe die Tagesheime untersucht. Es werde kritisiert, dass das Tagesheim Schlappenmatten nicht mehr kindgerecht sei. Allerdings habe das Tagesheim jahrelang Kinder beherbergen können. Wieso genüge das Tagesheim heute nicht mehr? Steigen die Bedürfnisse der Kinder immer mehr? Ihm gefalle es nicht, dass man beabsichtige, das Bruckerhaus erneut zu mieten. Es sei doch das erklärte Ziel des Gemeinderates gewesen, möglichst die fremden Mietverhältnisse aufzukündigen und vermehrt die eigenen Liegenschaften für solche Zwecke zu verwenden. Er könne sich die Villa Guggenheim zu dieser Verwendung vorstellen. Die Vermietung an private Firmen dürfe keinen Vorrang beanspruchen. Die Einmietung in das Bruckerhaus halte er für nicht richtig. Vor allem bemängelt er, dass man vor einigen Jahren extra Kosten für die Anpassung an die Bedürfnisse der Musikschule aufgewendet habe und nun schon wieder Umbauarbeiten für ein Tagesheim vorgenommen werden müssten.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, wehrt sich gegen den Vorwurf, man verwöhne die Kinder heutzutage über Gebühr. Es sei bereits schon einmal Thema im Einwohnerrat gewesen, ob sich die Gemeinde wieder in fremde Liegenschaften einmieten solle. Im diesbezüglichen Bericht des Gemeinderates an den Einwohnerrat habe es aber kein generelles Versprechen des Gemeinderates gegeben, sich nie mehr in fremde Liegenschaften einzumieten. Es sei klar gesagt worden, dass sich die Jugendmusikschule nicht mehr fremd einmieten müsse. Ein weiteres Problem sei das Tagesheim Schlappenmatten. Es entspreche baulich nicht den Bedürfnissen einer Kindertagesstätte. Es habe nur Oberlicht, es sei zur Hälfte im Keller und die Räumlichkeiten seien sehr beschränkt. Das Bruckerhaus könne eine Lösung darstellen, darüber werde aber im Einwohnerrat diskutiert werden können, wenn der Bericht über die Leistungsvereinbarung der Tagesheime vorläge. Er informiert über die Planungsarbeiten betreffend „Au'jourd'hui“ und Bruckerhaus. Es gebe einen Investor, der bereit sei, auf dem Areal des Bruckerhauses einen Doppelkindergarten zu erstellen. Der Doppelkindergarten wird ein Ersatz für den Pestalozzi-Kindergarten sein. Vor diesem Hintergrund mache es Sinn, das Tagesheim ins Bruckerhaus zu verlegen. Zur Finanzierung: Selbstverständlich seien bauliche Massnahmen notwendig, um aus den Räumen einer Musikschule ein Tagesheim zu machen. Die Investitionen könnten aber über den Mietzins wieder amortisiert werden.

Arnold Julier, Departementsvorsteher Soziale Dienste, kommt zurück auf den Bericht der GPK. Wichtig seien die Anregungen der GPK, die allenfalls in der Ausarbeitung der neuen Leistungsvereinbarung Einfluss haben könnten. Wichtig sei auch die Feststellung der GPK, dass die beiden Tagesheime sehr kompetent geführt würden, hierfür bedanke er sich an dieser Stelle sehr herzlich bei den Mitarbeitern. Die GPK stelle aber auch fest, dass die Räumlichkeiten im Schlappenmatten nicht optimal seien. Dieser Raum sei eigentlich als Velo-Keller konzipiert, ohne Licht und mit Mängeln in der Bausubstanz. Der Gemeinderat habe daher nach anderen Möglichkeiten gesucht. Auch die Belegungszahl solle nach Möglichkeit erhöht werden, ob die Auslastung tatsächlich 95% erreichen könne, müsse erst noch geprüft werden. Man solle sich das Ziel realistisch, nicht zu hoch setzen. Die Auslastung im 2003 war für beide Tagesheime gesamthaft 79,9%. Auch die Berechnung der Elternbeiträge habe sich bisher bewährt. Ob das Vermögen mitberücksichtigt werden könne, sei im Moment in Abklärung. Im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der Leistungsvereinbarungen würden die Empfehlungen der GPK mitberücksichtigt.

Peter Humbel, SP/EVP-Fraktion, erklärt namens seiner Fraktion, dass sie, bis auf einen Punkt, geschlossen hinter dem Bericht der GPK stehe und diesen zustimmend zur Kenntnis nehmen werde. Er dankt allen Mitarbeitern der Tagesheime für ihre Arbeit. Es sei nicht immer leicht, unter diesen äusseren Umständen die Kinder bestmöglich zu betreuen. Aus Gründen, welche im Bericht dargelegt worden seien, sei es nicht einfach, die Auslastung zu erreichen. Der Bericht zeige aber auch klar auf, dass die Ökonomie mit den sozialen Aufgaben nicht immer mithalten könne. Es zeige sich hier ganz deutlich, dass mit der erstrebten höheren Auslastung der Tagesheime auch der Subventionsanteil der Gemeinde steige. Wichtig erscheine der Fraktion das erklärte Ziel der Gemeinde, eine soziale Durchmischung der zu betreuenden Kinder zu erreichen. Weiter halte seine Fraktion die Idee des Gemeinderates, das Tagesheim Schlappenmatten in das Bruckerhaus zu verlegen, für gut. Diese Ansicht hätten die Mitglieder seiner Fraktion innerhalb der GPK bereits vertreten. Das Bruckerhaus habe grosse und vielfältige Räume und verfüge über einen schönen Garten. Ausserdem wäre es eine gute Kombination mit dem geplanten Doppelkindergarten. Daher unterstütze die Fraktion das Ansinnen des Gemeinderates, eine tragbare Lösung zu erreichen.

Alice Märky, FDP-Fraktion, bestätigt, dass die Verhältnisse im Tagesheim an der Baslerstrasse sehr gut seien. Die Betreuung dort sei ausgezeichnet. Sie halte es für günstig, dass die beiden Tagesheime auch örtlich etwas getrennt lägen, so werde nicht nur ein Schulhaus belastet. Ihre Fraktion sei auch für die Kenntnisnahme des Berichts.

Bruno Steiger SD-Fraktion, möchte noch klar stellen, dass im Vorfeld der Erstellung des Gemeindezentrums ein Argument seitens des Gemeinderates gewesen sei, möglichst keine fremden Mietverhältnisse mehr einzugehen.

Karin Käser, SP/EVP-Fraktion, möchte daran erinnern, dass jeder Franken, der in Tagesheime investiert würde, letztlich in Form von Steuergeldern 3 bis 4-fach zurückkommen werde. Dies würden Studien belegen. Diese Investition diene damit auch der ganzen Volkswirtschaft.

://: Der Geschäftsbericht wird mit grossem Mehr zur Kenntnis genommen.

12 01.001 Reglemente/Rechtserlasse, kommunal
01.032.004 Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente

3. Berichte des Gemeinderates vom 12.11.03 und der Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente vom 09.01.04 betreffend Teilrevision des Mietzinsreglements, 2. Lesung, Geschäft 3466/A

Arnold Julier, Departementsvorsteher Soziale Dienste, leitet in die 2. Lesung ein, indem er nochmals die in erster Lesung angenommene Version des Reglementstextes als Folie auflegt.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, möchte zwei Fragen beantwortet haben, die er anlässlich der ersten Lesung gestellt habe. Er möchte diese heute beantwortet haben.

Arnold Julier, Departementsvorsteher Soziale Dienste, gibt die Antwort auf die Frage, wieviel Gesuche - welche jährlich eingereicht werden müssten, im letzten Jahr gestellt worden und wieviel davon bewilligt worden seien, wie folgt gemäss präsentierter Tabelle:

Kennzahlen	2002	2003	2004 (Stand 14.9.)
Mietzinsbeiträge			
Geprüfte Gesuche	41	38	28
Gutgeheissene Gesuche	30	24	16
Ausgerichtete Mietzinsbeiträge der Gemeinde in CHF	105'182.65	63'962.65	28'511.60

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, zeigt sich mit der Beantwortung zufrieden, schliesst jedoch die Frage an, nach welchen Kriterien die Gesuche beurteilt würden.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, erklärt, dass die Beurteilungskriterien der einzelnen Bezuschussungen (Mietzinse, Tagesheimsubventionen etc.) unterschiedlich seien. Bei den Mietzinszuschüssen bestehe jedoch kein Subventionsschlüssel. Es würden die Angaben der Antragsteller geprüft. Sofern sich eine Unterdeckung zum Existenzminimum ergebe, könne eine Auszahlung erfolgen. Die Mietzinsbezuschussung sei in diesem Sinne eine Defizitgarantie und keine Subventionierung.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion, interpretiert die sinkenden Auszahlungsbeträge als Folge gestiegener anderer Leistungen, so zum Beispiel der AHV/IV-Ergänzungsleistungen.

Dr. Anton Lauber, Präsident, vertritt die Ansicht, dass sich die Gründe nicht sehr leicht feststellen liessen, da nicht nach dem „Giesskannenprinzip“ Beträge verteilt würden, sondern die Anträge sehr differenziert bearbeitet würden. Weiter ändere auch die Klientel immer wieder, es sei eine dynamische Entwicklung. Letztlich habe aber auch die vermehrte Auszahlung von

Ergänzungsleistungen einen Einfluss. Ausserdem seien auch die Vorschriften über die Jahre hinweg verschärft worden.

://: Mit 28 Stimmen wird der Teilrevision des Mietzinsreglements in der Fassung der Kommission zugestimmt.

13 01.001 Reglemente/Rechtserlasse, kommunal
 11.100 Raumplanung/Zonenplanung

**4. Bericht des Gemeinderates vom 19.05.04 betreffend
Waldbaulinienplan "Neuweilerstrasse Nord", überarbeitete Fassung,
Geschäft 3437/A**

Kein Wortbegehren des Gemeinderates

EINTRETEN unbestritten

DETAILBERATUNG

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, erklärt namens seiner Fraktion, dass die Mehrheit der Fraktion den überarbeiteten Waldbaulinienplan befürworte. Eine Minderheit sei aber der Meinung, man könne den Baulinienabstand bei 20m belassen.

Keine weiteren Wortmeldungen

Mit grossem Mehr wird wie folgt abgestimmt:

://:

- a) Dem Waldbaulinienplan "Neuweilerstrasse Nord" mit einer Baulinie im Abstand von 10 m zum Waldrand wird zugestimmt.
- b) Die im Plan vom 6. Mai 2004 eingetragenen Baulinien entlang der Neuweilerstrasse im Bereich des Waldareals sind aufzuheben.
- c) Dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft wird, vorbehältlich der Genehmigung der Revision der Paragraphen 97 Abs. 5 und 113 Abs. 4 des Raumplanungs- und Baugesetzes sowie des Paragraphen 151a des kantonalen Waldgesetzes durch den Bundesrat, die Zustimmung zum Waldbaulinienplan "Neuweilerstrasse Nord" beantragt.

14 01.020 Abstimmungen, Wahlen
 01.031 Büro Einwohnerrat
 01.030 Einwohnerrat

**5. a) Verfahrenspostulat vom 01.07.04 betreffend Durchführung der
Wahlgeschäfte zu Beginn der Legislatur,
von Jean-Jacques Winter und Peter Humbel, SP/EVP-Fraktion,
Geschäft 3540**

**b) Bericht des Büros des Einwohnerrates vom 23. August 2004
betreffend Teilrevision des Geschäftsreglements
des Einwohnerrates vom 12.04.2000 Geschäft 3540/A**

Peter Humbel, SP/EVP-Fraktion, bedankt sich zunächst für die speditive Behandlung des Postulates im Büro des Einwohnerrates. Er empfiehlt dem Parlament, dem Antrag des Büros zu folgen.

Dr. Ivo Corvini, Präsident, erläutert den Bericht des Büros. Dieser enthalte die Stellungnahme des Büros. Es unterstütze den Verfahrensantrag und stelle den Antrag auf Überweisung, und gleichzeitig auch den Antrag auf Teilrevision des Geschäftsreglements.

Eugen Neeser, FDP-Fraktion, erklärt, dass auch seine Fraktion auf den ersten Blick eine gute Idee hinter dem Postulat gesehen habe. Allerdings sei seine Fraktion nach reiflicher Überlegung zum Resultat gekommen, gegen das Postulat zu stimmen. Würde man die Wahl vor dem ersten Juli durchführen, gäbe es für die Zeit bis zum ersten Juli also zwei beschlussfähige Einwohnerräte. Diese Situation sei aber unhaltbar, weswegen dem Postulat nicht gefolgt werden könne. Weiter sei jedem gewählten Mitglied klar, dass es am ersten Juli im Einwohnerrat zur Konstituierung anwesend sein müsse. Ausserdem seien die Absenzen am 01. Juli auch nicht sehr gross. Auch an anderen Sitzungen seien häufig viele Mitglieder abwesend, die Ferienabwesenheit könne also kein Argument sein.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, meint, es gehe nicht um eine Sitzung, welche im Anschluss an die Wahl Entscheidungen treffen solle. Es gehe um eine reine Wahlveranstaltung. Im Gemeinderat funktioniere dies ja auch. Er sieht kein Problem bei einer Vorverlegung.

://:

Folgende Anträge werden mit grossem Mehr angenommen:

1. Das Verfahrenspostulat vom 01.07.2004 betreffend Durchführung der Wahlgeschäfte zu Beginn der Legislatur von Jean-Jacques Winter und Peter Humbel, SP/EVP-Fraktion, wird an das Büro des Einwohnerrates überwiesen.
2. Der Teilrevision des Geschäftsreglements des Einwohnerrates wird zugestimmt.

§ 2 Abs. 4 lautet neu wie folgt:

"Nach Neuwahlen wird der Einwohnerrat zur ersten Sitzung der Legislaturperiode in der Woche vor Sommerschulferienbeginn vom Gemeinderat eingeladen. Der Einwohnerrat bestimmt die Mitglieder des Büros. Den Vorsitz führt bis zur Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten das älteste Ratsmitglied. Ihm steht ein provisorisches Büro, bestehend aus drei von ihm oder von ihr bestimmten Mitgliedern, bei.

3. Das teilrevidierte Geschäftsreglement tritt nach der Genehmigung durch den Einwohnerrat per 01.01.2005 in Kraft.

Dr. Ivo Corvini, Präsident, stellt den Antrag, dass die Änderung des Reglements aufgrund der Klarheit und Einfachheit der Thematik in nur einer Lesung genehmigt und der Schlussabstimmung unterbreitet wird.

://:

Dem Antrag wird mit grossem Mehr zugestimmt.

Ziffer 4 wird mit grossem Mehr zugestimmt:

4. Das Verfahrenspostulat (Geschäft 3540) wird als erfüllt abgeschrieben.

PAUSE

Beantwortung der Dringlichen Interpellation vom 15.09.2004 von Armi Bieri und Jürg Gass, beide SP-Fraktion, Geschäft 3551

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, möchte Klarheit über den Fortgang der Planungen zum neuen Sportplatz "Im Brüel". Vor allem interessiert es ihn, ob weitere Kosten auf die Gemeinde zukommen und ob die Planung als solches gefährdet sei.

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau-Raumplanung, erklärt zur ersten Frage, dass die Wettbewerbsunterlagen verschiedene Kriterien aufstellen, die erfüllt werden müssten. Dies seien das Konzept, die Projektidee, die Eingliederung des Konzepts in die natürliche Umgebung, der architektonische Ausdruck, die Verknüpfung der Gebäude mit der Aussenumgebung, die Vielfältigkeit der Nutzung. Letztlich sei auch die Wirtschaftlichkeit zu beachten. Der Kostenvergleich zwischen den einzelnen Projekten sei nur schwer zu ziehen. Das Projekt der siegreichen Architekten, welches der Gemeinderat nach wie vor als sehr gut betrachtet, habe zum Beispiel kein Clubhaus und keine Küche beinhaltet. Aber dieses Projekt habe einen modularen Aufbau, dies sei nach wie vor sehr interessant. Der m³-Preis habe CHF 400.-- betragen, dieser Preis entspreche auch dem offerierten Projektstandard. Zum Zeitpunkt der Jurierung sei aber noch keine Materialauswahl vorgenommen worden. Der zweite grosse Kostenanteil seien die Umgebungsarbeiten gewesen. Dort habe man für zwei Spielfelder mit Naturrasen ca. 1 Mio. Franken veranschlagt. Man habe davon ausgehen können, dass die Kosten stimmen würden, da ein anerkannter Spielfeldplaner die Kostenberechnungen durchgeführt habe. Aufgrund der Erfahrungswerte und der beteiligten Firmen habe man also durchaus davon ausgehen können, dass die Kostenberechnungen stimmen. Allerdings habe sich dann gezeigt, dass zwei Spielfelder 1,9 Mio. Franken kosten werden, ein optionales Kunstrasenfeld verursache Mehrkosten von nochmals CHF 600'000.--. Die Kosten seien daraufhin von einem anderen Kostenplaner überprüft worden, worauf sich die Differenzen aufgetan hätten. Nach der Jurierung habe der Gemeinderat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um die Detailplanung vorzunehmen. Die Arbeitsgruppe bestehe aus Mitgliedern der Abteilung Tiefbau, Paul Schüpbach und Kurt Mangold, der Abteilung Hochbau, Roman Meury und Walter Stammbach, und als Vertreter für die Belange des FC Allschwil René Hagen. Die Gruppe habe acht Sitzungen durchgeführt. Er, Roman Meury, habe die Arbeitsgruppe präsiert. Die Arbeitsgruppe habe die Details ausgearbeitet und eine Kostenpräzisierung verlangt. Dabei habe sich gezeigt, dass Fehler in den ursprünglichen Berechnungen enthalten gewesen seien. Daraufhin habe man alles einem Kostenrechnungsbüro zur Überprüfung vorgelegt. Dies habe letztlich zu der Entwicklung geführt, die Zusammenarbeit mit dem Planungsteam zu beenden, alles zu überprüfen und gegeneinander abzuwägen. Eine direkte Information des Einwohnerrats habe noch nicht stattgefunden, da das Geschäft auch noch nicht dem Einwohnerrat zur Vorberatung vorliege. Aber via AWB habe man die Öffentlichkeit über die Entwicklungen informiert. Der Stand der Dinge sei, dass man sich vom Planungsbüro getrennt habe, der Gemeinderat habe beschlossen, das Departement Hochbau-Raumplanung mit der Ausarbeitung der Vorlage an den Einwohnerrat fortzufahren, das Projekt also weiterzuverfolgen. Allerdings unter Berücksichtigung der überprüften und korrigierten Kostenberechnung. Die Vorlage werde ca. Anfangs 2005 dem Einwohnerratsbüro überwiesen. Das Projekt werde zwei Spielfelder umfassen, ein Rasenfeld und ein Kunstrasenfeld. Letzteres werde grösser ausfallen, als ursprünglich vorgesehen, um auch Spiele auf höherem Spielniveau austragen zu können. Der geplante Sportplatzbau sei zur Zeit nicht gefährdet (Frage 5). Es werde in der Tat eine Bauverzögerung von ca. 4 - 6 Monaten geben (Frage 6). Es gebe für die Zwischenzeit keine Brückenangebote für die Sportvereine (Frage 7). Die Gemeinde werde ihrerseits jedoch versuchen, den Spiel- und Trainingsbetrieb des FC Allschwil bestmöglich aufrecht zu erhalten.

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, beantragt die Diskussion.

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, ist verwundert, dass offensichtlich eine renommierte Firma eine Fehlkalkulation von ca. 100% biete. Er frage sich, ob man eine solche Firma nicht dafür belangen könne. Weiter möchte er wissen, ob durch die Bauverzögerung auch das

Bauvorhaben auf dem Elefantenacker verschoben werde, damit dort weiter trainiert werden könne.

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau-Raumplanung, erläutert, dass man die Firma nicht dafür belangen könne, diese habe sich auf Subplaner gestützt. Erst die Gegenexpertise durch eine ebenfalls renommierte Firma habe die Fehlkalkulation aufgezeigt. Zur zweiten Frage teilt er mit, dass das Bauvorhaben „Wohnen im Bachgrabenpark“ demnächst dem Einwohnerrat als Quartierplan vorgelegt werde. Er hofft, dass der Elefantenacker bis zur Fertigstellung der Sportanlage "Im Brüel" genutzt werden könne.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, fragt, wie denn die Ausschreibung erfolgt sei, wenn im Nachhinein die Arbeitsgruppe weitere Konkretisierungen vorgenommen habe. Irgend eine Grundlage hätten die Planungsbüros doch haben müssen. Weiter habe die UBS doch zugesichert, ihre Sportanlagen im linksufrigen Bachgrabengebiet bis zur Realisierung der gemeindeeigenen Sportanlagen im Jahr 2005 zur Verfügung zu stellen. Er fragt, ob die UBS das Angebot aufrecht erhalte. Drittens möchte er wissen, ob die 1,6 Mio. Franken Infrastrukturbeitrag der UBS immer noch für die Sportanlagen zur Verfügung stünden oder mittlerweile aufgebraucht seien.

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau-Raumplanung, antwortet, dass der Studienauftrag relativ grob gehalten gewesen sei. Die Detailplanung müsse auf Gemeindeebene über eine Kommission laufen. Im Normalfall führe ein solches Vorgehen nicht dazu, dass solch grosse Differenzen entstünden. Der Stopp und das neuerliche Überprüfen des ganzen Projekts sei absolut richtig gewesen, damit nicht noch grösserer Schaden entstehe. Mit der UBS müsse man jeweils neue Absprachen betreffend der Benutzung der Sportanlagen treffen. Der Infrastrukturbeitrag stehe natürlich nach wie vor für die Erstellung der Sportanlagen zur Verfügung. In der Kreditvorlage für den Einwohnerrat werde diese Summe selbstverständlich aufgeführt.

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, bedankt sich für die Beantwortung der Fragen. Als letztes möchte er wissen, ob die anstehenden Mehrkosten bereits im Budget berücksichtigt seien.

Roman Meury antwortet darauf, dass nur soviel im Budget sei, wie auch im nächsten Jahr gebraucht resp. verbaut werde.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion, möchte die zu erwartende Gesamtsumme genannt haben.

Roman Meury verweist hierzu auf die Vorlage. Die Kosten könnten im Moment noch nicht beziffert werden. Allerdings werde das Projekt teurer als bisher angenommen, da die Basis anders festgelegt wurde.

FRAGESTUNDE

Dr. Ivo Corvini, Präsident, verliest die Frage von Peter Humbel, SP/EVP-Fraktion, betreffend Postulat „Räumlichkeiten für Vereinsarbeiten“ (Geschäft 3483). Inhalt des Vorstosses sei unter anderem auch die Überprüfung der räumlichen Nutzung (ausserhalb der normalen Belegungszeiten), in Zusammenhang mit der Renovation des alten Schulhauses an der Baslerstrasse 111 (z.B. Seniorenkaffee). Er lässt dazu fragen, 1) ob die Überlegungen der Postulanten bei den jetzt laufenden Renovationsarbeiten des Schulhauses berücksichtigt wurden; 2) wenn ja, ob der Gemeinderat eine Lösung anbieten könne; und 3) wenn nein, was der Gemeinderat gedenke zu unternehmen.

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau-Raumplanung, antwortet auf die Fragen, dass die Überlegungen nicht berücksichtigt werden konnten, damit falle Frage 2 dahin und der Gemeinderat sei der Ansicht, dass der Liegenschaftsdienst bisher immer eine geeignete

Lokalität für Vereine zur Verfügung habe stellen können, falls er angefragt worden sei. Allerdings sei die Nachfrage nie sehr gross gewesen, da solche Anlässe meistens mit Konsumation verbunden seien und die Gemeinde erstens nicht die entsprechenden Lokalitäten anbieten könne und zweitens auch die lokale Gastronomie nicht konkurrenzieren wolle. Auf die Situation des Seniorenkaffees habe die Gemeinde nicht sehr viel Einfluss, da das Kaffee nicht durch die Gemeinde geführt werde. Aber es könne versucht werden, in Zusammenarbeit mit der Leiterin des Kaffees Lösungen in der Baslerstrasse 255 zu suchen.

Peter Humbel, SP/EVP-Fraktion, möchte präzisieren, dass das Postulat nicht auf alle Vereinsanlässe Bezug nehme. Es gehe mehrheitlich um Vorstandssitzungen oder dergleichen. Er hofft, bei der Beantwortung des Postulates entsprechende Lösungsansätze durch den Gemeinderat entgegennehmen zu können.

Frage von **Bruno Steiger**, SD-Fraktion, betreffend TV-Gebühren für Schulhausareale: 1) Zahlt auch die Gemeinde Allschwil zuviel TV-Gebühren? 2) Wenn ja, wie hoch ist der Betrag und wird er von der Billag zurückgefordert?

Roman Meury, in Stellvertretung von Bea Fuchs, teilt mit, dass eine diesbezügliche Anfrage bei der Billag ergeben habe, dass für Schulhäuser die Gebühr pro Standpunkt zu entrichten sei. Die Durchsicht der Dossiers habe ergeben, dass die Gemeinde Allschwil die Gebühr korrekt entrichte.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, bedankt sich für die Beantwortung.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, fragt nach dem Stand der Dinge betreffend seiner "Kleinen Anfrage vom Februar 2004". Mittlerweile seien 7 Monate vergangen, das Geschäftsreglement sehe eine Beantwortung aber innerhalb von 3 Monaten vor.

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau-Raumplanung, nimmt Stellung. Er bittet um Entschuldigung für das Versehen. Er sei erst heute mit der Anfrage bedient worden. Da die „Kleine Anfrage“ Fragen zur Raumplanung enthalte, sei das Geschäft nun ihm zugewiesen worden und er bittet um weitere 2 Monate zur Beantwortung. In diesem Zusammenhang erläutert er, dass in den letzten Tagen bekanntermassen Petitionen zum Thema „Weitere Nutzung des Schiessplatzareals“ eingereicht worden seien. Die „Kleine Anfrage“ von Lucius Cueni habe von der Thematik her die gleichen Inhalte. Die Petition sei in Basel, in Binningen und in Allschwil eingereicht worden. Der Gemeinderat von Allschwil werde sich aber mit demjenigen von Binningen treffen und einen Gedanken- und Ideenaustausch vornehmen.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, stellt eine Zusatzfrage: Damals im Februar, als er eine gleichlautende Interpellation einreichen wollte, habe ihm Paul Schüpbach, Gemeinderat Ressort Tiefbau-Umwelt, gesagt, er könne die Interpellation zwar direkt beantworten, bitte ihn aber um Umwandlung in eine „Kleine Anfrage“. Nun interessiere es ihn, warum auf einmal ein anderes Departement sich des Vorstosses annimmt.

Roman Meury kann nicht mehr dazu sagen, als dass er die Anfrage heute das erste Mal gesehen habe. Das Geschäft sei ihm heute wie ein neues Geschäft zugeteilt worden.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, fragt Dr. Anton Lauber, ob der Altherren-Verein so bedürftig sei, dass man ihm eine Carfahrt nach Pfullendorf bezahlen müsse.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, erklärt, dass diejenigen, welche am Partnerschaftsfest im Mai dieses Jahres hier in Allschwil geholfen haben, eine Carfahrt nach Pfullendorf bezahlt bekommen haben.

6. bis 9. Motion der CVP-Fraktion (Geschäft 3536), der SVP-Fraktion (Geschäft 3528), der FDP-Fraktion (Geschäft 3537) und der SD-Fraktion (Geschäft 3539), jeweils vom 01.07.2004

Dr. Ivo Corvini, Präsident, fragt das Plenum, ob die gemeinsame Behandlung der Traktanden 6,7,8 und 9 möglich sei, da alle das gleiche Thema zum Inhalt hätten.

Das Plenum erklärt sich einverstanden.

Felix Keller, CVP-Fraktion, erläutert, dass die Südumfahrung ein aktuelles Thema sei. Es lägen neue Studien vor und es gehe darum, dass die Strasse in den kantonalen Richtplan, bzw. in das eidgenössische Grundnetz aufzunehmen sei. Die Fraktion verlange vom Gemeinderat ein besonderes Engagement, damit die Südumfahrung in den eidgenössischen und kantonalen Plan aufgenommen werde. Damit werde die Südumfahrung als solches gesichert und spätere Subventionsgelder von Bund und Kanton ermöglicht. Es gehe hauptsächlich um den lästigen Pendlerverkehr. Die Grundfrage sei, wie man das Dorf vom Durchgangsverkehr entlasten könne. Er glaube nicht an die Alternative, alle Bedürfnisse der Pendler nur mit dem öffentlichen Verkehr abdecken zu können. Aus seiner Sicht bleibe als einzige Alternative nur der Status quo. Mit diesem möchte sich die CVP-Fraktion aber nicht zufrieden geben. Die Südumfahrung sei ein grosser Gewinn für den Dorfkern. Allerdings müssten natürlich für den Bau der Strasse flankierende Massnahmen, wie die Schaffung ökologischer Ausgleichsflächen, getroffen werden. Ausserdem fordere die CVP-Fraktion, dass ein möglichst grosser Teil der Umfahrung unterirdisch gebaut werde.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, erinnert daran, dass das Komitee „Südumfahrung“, welches er gegründet habe, bereits eine beachtliche Anzahl Mitglieder zählen könne. Er verweist im Zusammenhang mit den gleichzeitig und nahezu gleich lautenden Motionen auf das Geschäftsreglement des Einwohnerrates, welches besagt, dass unbestrittene Motionen und Postulate, die der Gemeinderat annehmen möchte, direkt überwiesen werden können. Aus seiner Sicht könne man auf die langen Diskussionen eigentlich verzichten. Weiter verweist er auf das Postulat 1579 mit dem Thema „Umfahrung Allschwil“ im Geschäftsbericht des Gemeinderates. Dieses sei 1990 von ihm eingebracht worden und immer noch pendent. Vom Kanton sei eine Nutzwertanalyse und eine Machbarkeitsstudie erstellt worden, welche sowohl den Individual- (IV) als auch den öffentlichen Verkehr (ÖV) berücksichtige. Ihm gehe es nicht um die Entscheidung zwischen ÖV und IV sondern um eine Kombination beider. Die Strasse für den IV habe in der Nutzwertanalyse besser abgeschnitten als der öffentliche Verkehr. Der ÖV würde für Allschwil nichts bringen, da die Linie an Allschwil vorbei geführt werde. Seine Fraktion sei der Meinung, dass der Gemeinderat auf die Planung der Südumfahrung hinarbeiten solle. Zur Veranschaulichung präsentiert er folgende Zahlen: Ca. 15'800 Fahrzeuge würden täglich auf der Binningerstrasse verkehren, ca. 7'900 auf der Oberwilerstrasse. Ein Grossteil der Fahrzeuge fahre also durch Allschwil hindurch. Es sei notwendig, die Motionen zu überweisen, so könne man ein Zeichen für ein wohnliches und wirtschaftliches Allschwil setzen.

Dr. Ivo Corvini, Präsident, erklärt zum Verfahren, dass jeder Motionär das Recht habe, seine Motion zu begründen.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, erklärt namens seine Fraktion ebenfalls die Notwendigkeit dieser Motion. Der Leidensdruck auf Allschwil sei mittlerweile sehr gross und der Durchgangsverkehr nehme ständig zu. Die Gemeinden im Leimental seien natürlich nicht sehr erfreut darüber. Es gehe aber um eine Verteilung der Verkehrslast, auch um Allschwil weiterhin attraktiv zu erhalten.

Basil Kröppli, SVP-Fraktion, schliesst sich im Grossen und Ganzen den Voten der Vorredner an und betont nochmals, dass es seiner Fraktion darum gehe, dass der Gemeinderat ein deutliches Zeichen zu Gunsten der Südumfahrung setze.

Paul Schüpbach, Departementsvorsteher Tiefbau-Umwelt, erklärt dazu, dass der Gemeinderat im Wesentlichen zwei grosse Zielsetzungen in Sachen Verkehr habe. Dies sei den öffentlichen Verkehr attraktiv zu gestalten und Allschwil vom motorisierten Individual-Durchgangsverkehr zu entlasten. Der Gemeinderat nehme vor diesem Hintergrund die vier Motionen gerne entgegen. Der Gemeinderat habe die Südumfahrung als Projekt definiert und in die strategische Massnahmenplanung aufgenommen. Der Gemeinderat werde sich auch anlässlich der Vernehmlassung zum kantonalen Richtplan zu Gunsten der Südumfahrung im Sinne der Motionen äussern.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, stellt einen Gegenantrag. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Aktion „In die Stadt ohne mein Auto“. Seine Fraktion habe sich gefragt, warum gerade vier nahezu gleich lautende Motionen eingereicht worden seien. Dies interpretiere er als Machtdemonstration. Er macht das Plenum darauf aufmerksam, dass ein grosser materieller und verwaltungstechnischer Aufwand betrieben werden musste, um vier gleich lautende Motionen zu bearbeiten. So haben etwa 400 Kopien angefertigt und versendet werden müssen. Vor allem in Zeiten, da Geld und Ressourcen gespart werden sollten würde es mehr Sinn machen, zusammen und miteinander zu arbeiten. Er analysiert die einzelnen Anträge der Motionen und kommt zum Schluss, dass inhaltlich nicht klar zum Ausdruck komme, was denn der Gemeinderat wirklich machen solle. Genüge die entsprechende Vernehmlassung zum kantonalen Richtplan oder solle ein jährlicher Bericht verfasst werden? Weiter zweifelt er an, dass der Inhalt der vier Eingaben eine Motion darstelle, es könne allenfalls ein Postulat sein. Nach seiner Ansicht würden die angestrebten Lösungen erst in 20 oder 30 Jahren eine Entlastung Allschwils vom Durchgangsverkehr bewirken. Er zitiert aus einem Landratsprotokoll ein Votum von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion und von Bruno Steiger, SD-Fraktion, indem sich beide bezüglich der Verkehrssituation und -entlastung nicht einig seien. Hier würden sie jedoch Einigkeit zeigen. Er kommt auf die heutige Situation zurück. Bisher seien die Vorstösse seiner Partei zur Verkehrsberuhigung im Einwohnerrat zum Teil angelehnt worden. Er plädiert nochmals für einen Verzicht auf das eigene Auto, um so einen Teil zur Verkehrsentslastung beitragen zu können. Er hält die Vorstösse für visionär. Wichtig sei, alle Parteien zur Lösung der aktuellen Verkehrsprobleme einzubinden.

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, begründet, warum er die Motion unterzeichnet habe. Er glaubt nicht daran, dass der Individualverkehr abnehmen werde. Es sei richtig, dass man langfristig planen müsse. Andere Gemeinden würden auch Umfahrungen bauen oder planen und gleichzeitig den Dorfkern verkehrsberuhigen. Für ihn sei es eine gute Lösung, die Südumfahrung zu bauen.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, erinnert daran, dass nicht nur die SP sondern auch die FDP schon seit Jahren die Verkehrsproblematik angehe. Das Postulat „Tempo 30“ sei auch von ihm. Aber es müssten neben den Einzelmassnahmen auch übergeordnete und langfristige Massnahmen getroffen werden. Im Übrigen gehe es nicht nur um Prüfen und Berichten, sondern der Gemeinderat solle klar aufgefordert werden, konkret etwas zu unternehmen. Daher sei die Form der Motion richtig.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, erinnert an die Gefahren für die Tierwelt, welche mit der Südumfahrung durchs Leimental geschaffen werden. Gerade zwischen Ettingen und Aesch habe zum Beispiel die Hasenpopulation in den letzten Jahren zugenommen. Ebenfalls habe man wieder vermehrt verschiedene und seltene Brutvogelarten beobachten können. Mit dem Bau einer zweispurigen Hochleistungsstrecke werde pro Kilometer Strasse vierzig Hektar Naturfläche gefährdet resp. zerstört. Das biologische Gleichgewicht gerate durcheinander, Lärm und optische Reize stören das Brutvogelverhalten und gefährden weitere Tierarten. Weiter würden auch Lebensräume mit dem Bau einer Strasse durchschnitten. Ebenso würden die Lebensräume immer knapper, einzelne Tierarten oder -familien würden durch den Strassenbau

isoliert und wären letztlich gefährdet. Ausserdem frage er sich, ob es sozial sei, den Verkehr anderen Gemeinden vor die Tür zu setzen. Er stellt auch das grundsätzliche Bedürfnis einer Umfahrungsstrasse in Frage. Er kenne keine diesbezüglichen Zahlen, welche das Bedürfnis belegen würden. Weiter halte er die Strasse für überdimensioniert und bisher habe immer jede neue Strasse auch mehr Verkehr generiert.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, nimmt zu der Planung und zu den Kosten Stellung. Er stellt fest, dass man sich schon einmal verplant habe, nämlich was die Einwohnerzahl von Allschwil betreffe. In den sechziger Jahren habe man prognostiziert, dass Allschwil im Jahr 2000 ca. 50'000 Einwohner habe. Man habe ebenfalls in den sechziger Jahren eine zweispurige Strasse durch die Aeschenvorstadt geplant. Beides sei nicht eingetroffen. Die Kosten für die Südumfahrung seien immens hoch. Er legt eine Folie mit Vergleichszahlen vor (vgl. nachfolgende Tabelle). Die Kosten sind auf ca. 1'170'000'000.-- CHF kalkuliert. Es sei unverhältnismässig, dass solche Kosten für das Auto aufgewendet würden, wenn zum Beispiel in der Bildung immer von Kosteneinsparung und mangelnden Finanzen die Rede sei.

Kosten Südumfahrung

			Kosten Umfahrung	SFR. 1'170'000'000
47 mal soviel wie der	ÖV Anschluss Tram Allschwil- Bahnhof			SFR. 25'000'000
77 mal soviel wie die	Bildung in Allschwil (S. 76 Geschäftsbericht '03)			SFR. 15'249'318
SFR. 4'415	Pro Einwohner im Kanton Baselland (2002)			265'000
SFR. 63'243	Pro Einwohner in Allschwil (2002)			18'500

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, äussert seine Enttäuschung darüber, dass die vier Parteien jeweils eine eigene Motion eingereicht haben und nicht zusammengearbeitet hätten. Ausserdem finde er es enttäuschend, dass diese Vorstösse als Motionen zugelassen würden. Er zeigt sich überrascht, dass Bruno Steiger, SD-Fraktion, für die Südumfahrung und gleichzeitig gegen Steuererhöhungen plädieren könne. Dies widerspreche sich. Er fordert die Motionäre auf, die Motionen zurückzuziehen und gemeinsam ein Postulat einzureichen. Dann könne er allenfalls den Vorstoss unterstützen.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, bittet das Büro, abzuklären, ob die Vorstösse tatsächlich als Motionen eingereicht werden können. Weiter richtet er sich an Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, mit dem Appell, dass man in jedem Fall sowohl die langfristigen als auch die kurzfristigen Probleme im Auge behalten müsse.

Dr. Ivo Corvini, Präsident, lässt über die Motionen einzeln abstimmen:

://:

Motion 3536 wird mit 17:13 Stimmen erheblich erklärt und an den Gemeinderat überwiesen.

Motion 3538 wird mit 17:13 Stimmen erheblich erklärt und an den Gemeinderat überwiesen.

Motion 3537 wird mit 17:13 Stimmen erheblich erklärt und an den Gemeinderat überwiesen.

Motion 3539 wird mit 17:13 Stimmen erheblich erklärt und an den Gemeinderat überwiesen.

Dr. Ivo Corvini, Präsident, verabschiedet das Plenum und beschliesst die Sitzung.